



# MEDIENMAPPE

## Parteitag 2018

#PPRR  
10. März 2018

### PARTEITAG 2018 DER SP GRAUBÜNDEN MEDIENMAPPE

#### **INHALT DER MEDIENMAPPE:**

- Rede Peter Peyer, Kandidat für die Regierung, Trin
- Rede Philipp Wilhelm, Präsident SP Graubünden & Grossratskandidat, Davos
- Rede Julia Müller, Co-Präsidentin JUSO Graubünden & Grossratskandidatin, Felsberg
- Digitalisierungspapier
- Parteitageheft

#### **PRESSEFOTOS**

- Während des Parteitages und im Anschluss stehen wir Ihnen für Fotos und Interviews sehr gerne zur Verfügung. Weitere Pressefotos von Peter Peyer können unter [www.peterpeyer.ch/presse](http://www.peterpeyer.ch/presse) heruntergeladen werden. Ebenso finden Sie dort und unter [www.sp-gr.ch](http://www.sp-gr.ch) die vorliegende Medienmappe, das Digitalisierungspapier und weitere Informationen.

Für Ihr Erscheinen und Ihre Berichterstattung bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse  
SP Graubünden

## DIGITALER FORTSCHRITT FÜR GRAUBÜNDEN

Von Peter Peyer, Regierungsratskandidat SP Graubünden, Trin

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen

Der Journalist Mark Dittli hat unter dem Titel «Aufstieg der Maschinen» in der Online-Zeitung «Republik» am 16. Januar 2018 folgendes geschrieben (Zitat):

«Der Sieg von AlphaGo – [ein von Google entwickelter Computer über Ke Jie, seines Zeichens der beste Spieler des 3000 Jahr altem Chinesischem Brettspiel „Go“] - symbolisiert die enormen Fortschritte, die auf Gebieten wie künstlicher Intelligenz, selbstlernenden Systemen und in der Robotik in den vergangenen Jahren erreicht wurden: Vom «Second Machine Age» oder der vierten industriellen Revolution ist die Rede – und wie in früheren Phasen grosser technologischer Fortschritte kursiert auch gegenwärtig die Furcht, die Umwälzungen könnten zum Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen führen. Wie plausibel sind diese Ängste, zumal die Arbeitslosenraten gegenwärtig weltweit sinken und in zahlreichen Ländern nahezu Vollbeschäftigung herrscht? Die Historie spricht eine deutliche Sprache: In keiner der drei früheren industriellen Revolutionsphasen haben sich die Befürchtungen grosser Arbeitsplatzverluste über längere Frist betrachtet bewahrheitet. Stets sind genügend neue Jobs entstanden, die die durch die Automatisierung obsolet gewordenen Stellen kompensiert haben. Die Geschichte zeigt aber auch: Die existenziellen Fragen für eine Volkswirtschaft während einer industriellen Revolution drehen sich nicht um die Zahl der Arbeitsplätze per se, sondern um die Folgen der Anpassungsprozesse und – vor allem – um die Verteilung des Wohlstandes.»

Soweit Mark Dittli. Kürzlich hat sich Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin, Nationalrätin, Multimillionärin an einer Medienkonferenz der SVP Schweiz zum Thema Personenfreizügigkeit, flankierende Massnahmen und Gesamtarbeitsverträge geäussert. In den Bündner Tageszeitungen «Südostschweiz» und «Bündner Tagblatt» doppelte sie nach. Zusammengefasst lassen sich ihre Aussagen wie folgt wiedergeben: Die Personenfreizügigkeit, die Flankierenden Massnahmen, Gesamtarbeitsverträge und die darin enthaltenen Mindestlöhne schaden dem Schweizer Arbeitsmarkt.

Natürlich haben diese Behauptungen zu Widerspruch geführt. Zurecht. Sie halten einer seriösen Prüfung nicht stand. Gemäss den aktuellsten Indexzahlen ist die Schweiz das produktivste und innovativste Land weltweit. Wahrscheinlich sind wir auch das reichste Land. Der Wohlstand ist einigermaßen breit verteilt, die Schere zwischen sehr reich und arm ist vergleichsweise wenig geöffnet. Ganz offensichtlich schaden weder die Personenfreizügigkeit noch faire Anstellungsbedingungen und anständige Löhne dem Werkplatz Schweiz. Im Gegenteil. Sonst würde es der Schweizer Wirtschaft kaum so gut gehen. Sonst hätten wir nicht den Wohlstand, den wir haben.

Es gibt aber ein paar Herausforderungen für die kommenden Jahre. Neben dem Klimawandel ist es insbesondere die Digitalisierung. Deren Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Berufsbilder, Arbeits- und Freizeit sind noch diffus und werden je nach Standpunkt auch unterschiedlich beurteilt.

Damit schliesst sich der Kreis von Martullo zu Dittli. Denn: Erfolg oder Misserfolg der Digitalisierung aus Sicht des Gemeinwohls wird sich an der Fähigkeit der Politik zeigen, den technischen Fortschritt auch in gesellschaftlichen Fortschritt umzumünzen. Dabei müssen zentrale Fragen überzeugend beantwortet werden, die wir in unserem heute zur Diskussion stehenden Positionspapier auf der Seite 2 formuliert haben:

- Schaffen wir es, dass der Produktivitätsfortschritt digitaler und automatischer Prozesse bei allen ankommt und nicht nur bei den Aktionären oder in den Industriestaaten?

- Schaffen wir es, unsere Bildungssysteme so zu gestalten, dass alle Menschen auf die neuen Realitäten vorbereitet werden?
- Braucht es im Zeitalter der künstlichen Intelligenz eher eine Stärkung der Kreativität, des kritischen Denkens und der emotionalen Intelligenz statt eine Fokussierung auf die sogenannten MINT-Fächer?
- Wie verändern wir unser Steuersystem, um den Wandel von menschlicher zu maschineller Arbeit im Interesse des Gemeinwohls zu gestalten?
- Wie verändern wir unsere Arbeitsgesetzgebung und unsere Sozialsysteme, damit der digitale Fortschritt nicht viele Verliererinnen und Verlierer auf dem Arbeitsmarkt produziert?
- Wie gestalten wir unser Medien- und Informationssystem, damit ein unabhängiger Journalismus auch im Zeitalter digitaler Informationsübersättigung seine meinungsbildende und demokratieerhaltende Funktion erfüllen kann?
- Wie schützen wir die Privatsphäre und die Daten der Bürgerinnen und Bürger vor dem Zugriff des Staates, aber vor allem auch der Konzerne und anderweitiger kommerzieller Interessen?
- Wie garantieren wir die Netzneutralität und damit den freien Zugang zum Netz und die Gleichbehandlung aller Datenübertragungen?

Condoleezza Rice, die ehemalige US-Aussenministerin, hat es in der NZZ vom 26. Februar 2018 wie folgt auf den Punkt gebracht (Zitat): «Technologie ist an sich weder gut noch schlecht, es kommt darauf an, ob sie vom Menschen gut oder schlecht genutzt wird. Doch unsere Weisheit ist nicht immer auf der Höhe unseres technischen Wissens.» (Zitat Ende)

Hier muss die SP ansetzen. Wir sind in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Digitalisierung gut und zum Wohle aller genutzt wird. Doch was heisst das konkret?

Im aktuellen Wahlkampf sprechen alle politischen Parteien und alle Regierungskandidaten irgendwie von der Digitalisierung. Doch was sie genau darunter verstehen oder wie diese politisch gestaltet und finanziert werden soll, wird kaum erläutert. Wir, die SP, wollen etwas mehr Verbindlichkeit schaffen. Selbstverständlich ist auch unser Vorschlag kein abschliessendes Konzept, das den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Aber immerhin stellen wir dar, wie die SP Graubünden erstens die Chancen der Digitalisierung anpacken will; zweitens diese zum Wohle aller BündnerInnen gestalten will; und drittens die Risiken der Digitalisierung benennen und minimieren will.

Deshalb in der gebotenen Kürze einige Ausführungen zum vorliegenden Papier und den darin erwähnten drei Themenkreisen:

#### 1. Chancen erkennen und nutzen – was wir wollen:

Die SP fordert mehr Pioniergeist und Fortschritt bei der Digitalisierung. Dafür muss die Politik einen «Masterplan Zukunftssprung Graubünden» entwickeln. Dieser Plan soll die für den Kanton notwendigen nächsten Schritte aufzeigen. Mutig, fortschrittlich, aber nicht blind. Er soll folgende Punkte beinhalten:

- Die Randregionen zu Zentren machen dank schnellen Leitungen in die ganze Welt.
- Bildungsinstitutionen und Spitäler dezentral erhalten und mit den Zentren verbinden und so die Abwanderung stoppen; beispielsweise indem
  - SpezialistInnen im Zentrumsspital ihr Wissen via schnelle Leitungen in die Peripherie übertragen, das Pflegeangebot bleibt vor Ort.
  - Schulen können Lehrpersonen virtuell «austauschen», die Schülerinnen, Schüler und Studierenden und die pädagogische Betreuung bleiben vor Ort.
- Die Dreisprachigkeit kann dank leichterem und schnellerem Austausch zwischen den und innerhalb der (geografisch oft getrennten) Sprachregionen gestärkt und gefördert werden, z.B. mit neuen Übersetzungsprogrammen, Online-Zeitungen und Sprachforschung.
- Unsere Vorteile mit der geografischen Lage mitten in Europa, mit zahlreichen High-Tech-Unternehmen und nahegelegenen Bildungsinstitutionen mitten in intakter Natur als

Alleinstellungsmerkmal in Wert setzen und für Diversifizierung und Wirtschaftswachstum nutzen und optimal vernetzen.

- Unseren Tourismus auf die Chance vorbereiten, dass dank den Produktivitätsfortschritten der globalen Digitalisierung die Arbeitszeit sinken könnte, was ein mögliches Wachstum der touristischen Nachfrage bedeutet.

## 2. Digitalisierung zum Wohle aller BündnerInnen gestalten – wie wir das erreichen:

Die Hälfte des 80-Millionen-Topfs für sogenannte «systemrelevante Infrastrukturen» umlagern in einen «Digitalisierungsfonds». Denn die Digitalisierung ist systemrelevant für den ganzen Kanton. Damit können unter anderem folgende Massnahmen (mit)finanziert werden:

- Basisinfrastrukturen der schnellen (Glasfaser-)Leitungen (von Swisscom, RhB, Kraftwerken, Bundesamt für Strassen u.a.) werden durch den Kanton koordiniert und wo nötig (mit)finanziert. Es soll das «Kantonsstrassenprinzip» gelten, wonach die Täler bis zu den Gemeinde- oder Fraktionsgrenzen koordiniert erschlossen und die Feinverteilung innerhalb durch die Gemeinden erfolgt.
- Schaffung eines Kompetenzzentrums beziehungsweise einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für KMU, Gemeinden, Private. Getragen durch Unternehmen und unter Einbezug der Ausbildungsinstitutionen. Der Kanton stellt Wissen, Kontakte, Netzwerk und eine Mitfinanzierung zur Verfügung.
- Bildungsoffensive: Es muss nicht jeder und jede programmieren können. Aber in der Schule soll das Verständnis für die Vorgänge der digitalen Welt vermittelt werden sowie mehr Kreativität und kritisches Denken, um die Chancen und Risiken dieser digitalen Revolution reflektieren zu können.
- Es braucht eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für Berufsleute, deren Arbeitsplätze von der Digitalisierung gefährdet werden.
- Ein Online-Beratungsportal für Bürgerinnen und Bürger im Sinne eines One-Stop-Shops, insbesondere für Fachkräfte und junge, gut qualifizierte Menschen mit Familie, die in Graubünden einen Arbeitsplatz (und schönen Lebensraum!) finden, aber auch Wohnung, Kita, Bergbahnabo, Kulturangebot usw. vermittelt bekommen sollen.

## 3. Risiken benennen und minimieren – was wir nicht wollen:

Jede industrielle Revolution hat Gewinnerinnen und Gewinner hervorgebracht, aber eben auch Verliererinnen und Verlierer. Deshalb sind auch die Risiken und möglichen negativen Auswirkungen der Digitalisierung offen darzulegen, damit ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür entsteht:

- Der Schutz von persönlichen Daten und gleichzeitig ein freier Zugang für alle zum Netz sind zwei der grössten Herausforderungen. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, Sicherheit und Netzneutralität zu gewährleisten.
- Eine neue Gruppe von Arbeitnehmenden wie Scheinselbstständigen und Freelancern ohne geregelte Sozialleistungen, auf die aber das unternehmerische Risiko abgewälzt wird, ist ein enormes Risiko der digitalen Plattform-Wirtschaft. Dagegen braucht es die nötigen arbeitsrechtlichen Regelungen und genügend Kontrollen.
- Sharing-Systeme, welche nicht auf Teilhabe, sondern Ausnutzung beruhen und die gesetzlichen Bestimmungen unterlaufen, etwa betreffend Beherbergungsabgaben oder Sozialversicherungen, sind streng zu regulieren. Denn diese verkehren die Idee der Sharing Economy ins Gegenteil und verschärfen z. B. die Problematik der Wohnungsknappheit und der hohen Mieten oder betreiben Dumping beim öffentlichen Verkehr.
- Die 24-Stunden-Erreichbarkeit als Arbeitszeitmodell darf sich im Sinne der Lebensqualität und des Gesundheitsschutzes nicht durchsetzen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie heisst nicht, Home-Office zu machen und gleichzeitig die Kinder zu betreuen. Freizeit muss Freizeit bleiben, Kinderbetreuung ist nicht Freizeit.



- Gewinne für wenige Eliten, schlechte Jobs für viele. Auch das ist ein Risiko der Digitalisierung. Die Produktivitätsgewinne müssen gerecht auf alle verteilt werden. Zum Beispiel durch kürzere Arbeitszeiten. Dies bietet eine wirtschaftliche Chance für den Ferien- und Freizeitkanton Graubünden.
- Ein «Strahlenmeer» ist ebenfalls ein Risiko der Digitalisierung. Die Strahlenbelastung muss durch neueste Technologie und Forschung vermindert werden. Das kann eine Win-Win-Situation für den Forschungsplatz Graubünden schaffen. Graubünden soll sich als strahlungsarmes High-Tech-Land profilieren.

Zum Schluss:

Die letzten Jahre waren schwierig für Graubünden. Wirtschaft und Tourismus stockten, die politischen Auseinandersetzungen waren harzig. Jetzt ist es Zeit für einen Schritt vorwärts. Deshalb bin ich überzeugt: Frau Martullo irrt sich. 100 Jahre nach dem Landesstreik, der in der Schweiz beinahe zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hat, brauchen wir keine Kampfansagen an die Sozialpartnerschaft und an Europa. Was hingegen nötig ist, sind Investitionen in Bildung, Forschung und Kultur. So entstehen mehr gute Arbeitsplätze. Und es braucht Massnahmen für anständige Löhne, bezahlbares Wohnen und mehr Kinderbetreuungsangebote. So sichern wir unsere Lebensqualität. Darauf müssen wir aufbauen. Dafür will ich mich auch als Regierungsrat einsetzen. Und dafür, dass der technologische Fortschritt auch zu gesellschaftlichem Fortschritt führt. Diese Politik bringt uns alle und als Kanton einen Schritt vorwärts.

Herzlichen Dank.



## **FÜR DEN FORTSCHRITT. FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE.**

Von Philipp Wilhelm, Präsident SP Graubünden & Grossratskandidat, Davos

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen

Mit einem wuchtigen Knall wurde am Sonntag die gefährliche No-Billag-Initiative versenkt. Die breite Allianz aus Kultur und Politik hat sich durchgesetzt. Gewerbeverband und die SVP sind mit ihren libertären Abbauplänen gestrandet. Das überdeutliche Nein ist ein klares Bekenntnis zur Solidarität in unserem Land. Solidarität mit unseren verschiedenen Kulturen. Solidarität mit unseren vier Landessprachen und also auch unseren drei Kantonssprachen. Und Solidarität mit den peripheren Regionen.

Es ist aber auch ein klares Bekenntnis zum Service Public und zur Medienvielfalt. Und das ist nötiger denn je. Die Medienlandschaft ist labil. Der Strukturwandel macht vor Zeitungen keinen Halt und das öffnet Fake-News und reichen Profiteuren Tür und Tor: Ganz egal, ob diese dann Blocher oder anderswie heissen. Als SP können, dürfen und werden wir den Trend zum geld- und interessengetriebenen Journalismus nicht akzeptieren.

Darum wehrten wir uns als KonsumentInnen der Somedia-Zeitungen gegen eine Mantel-Kooperation mit der Blocherzeitung BaZ. Denn wir wollen zwar eine Somedia, aber wir wollen keine Somm-Media. Wir wollen unabhängige und eigenständige Zeitungen, die aus der Region über die Region berichten und die durch die Brille von Berggebietslern über das Geschehen in der Schweiz, in Wirtschaft, Kultur und in der Welt berichten. In einer Woche sammelten wir 1000 Unterschriften. Und es wirkte: Somedia fällt eine gute Entscheidung. Es gibt keinen BaZ-Mantel. Und ich betone auch heute nochmal, dass dieser gute Entscheid mit einem Abo-Kauf oder einer -verlängerung gewürdigt werden darf.

Denn es ist klar, es steht nicht gut um die Medienhäuser: SDA baut ab, Somedia baut ab. Beides bringt Verlust von Arbeitsplätzen und von Medienvielfalt. Und es ist klar: Die Politik darf dem Bröckeln der Medienlandschaft nicht länger untätig zusehen. Der Angriff auf die SRG ist vorerst abgewehrt, doch weitere werden folgen. Wir müssen jetzt handeln und die Medienhäuser auf gute Füsse und auf die Höhe der Zeit stellen.

Die PS handelt: Unser Grossrat Manuel Atanes aus Roveredo reichte im Rat einen Vorstoss ein und will Massnahmen zur Sicherung einer vielfältigen Medienlandschaft in unserem Kanton.

Dass unabhängige, vielfältige, aber vor allem auch zeitgemässe Medien wichtiger sind denn je, zeigen Blicke über die Grenzen. Die Digitalisierung bringt Chancen, aber auch Gefahren. Bestes Beispiel: Fake-News Produzent und Twitterpräsident Donald Trump. Ja, dieser Donald Trump, den noch vor einem Jahr so ziemlich alle in der Schweiz unmöglich fanden. Und ja, der gleiche Donald Trump, dem dann plötzlich alle brav hofierten, als er im Januar zum WEF nach Davos reiste.

Das war scham- und schauerhaft. Kein kritisches Wort wagte sich über die Lippen unserer Offiziellen. WEF Gründer Klaus Schwab lobte Trump sogar für seinen „tollen“ Führungsstil. Wenn dieser chaotische und cholerische Stil Herrn Schwabs Vorstellung davon ist, wie die Konzernwirtschaft geheilt werden soll, na dann gute Nacht!

Und alle kuschten. Kein Wort zum Klimawandel, den einer der mächtigsten Männer der Welt noch immer leugnet. Obschon wir wissen, was Klimawandel für die Welt und gerade auch für unser Berg- und Tourismusland bedeutet. Kein Wort dazu. Kein relevantes Interview.

Wir aber bezogen Stellung: Gegen Trumpismus, gegen Sexismus, Fremdenhass, Abschottung und gegen die Leugnung des Klimawandels. Für eine solidarische, offene und umweltfreundliche Welt. Wir riefen dafür zum friedlichen Protest auf. Denn wenn sich die Offiziellen aus Opportunismus schon nicht äussern und Blick-Journalisten lieber Autogramme sammeln statt ihren Job zu machen, dann soll sich wenigstens die Bevölkerung äussern! So zumindest unser Plan.

Es wurde anders. In Davos lag zu viel Schnee. Das sagte die Gemeinde Davos, als sie unsere friedliche Kundgebung nicht bewilligte. Das wurde einem Offiziellen dann doch zu bunt: „So gehts nicht!“, sagte er, „Demokratie findet schliesslich auch im Schnee statt.“ Und er entschied, dass die Bündner „Gesamregierung“ diesmal ohne ihn an die WEF-Eröffnungsfeier soll. Gut so. Gegen Ende seiner Regierungsära hat Martin Jäger nochmals den jungen Rebellen in sich zum Leben erweckt.

Nicht ganz unerwartet war der Kundgebungsplatz am Demo-Tag dann blitz blank geräumt.

Wer auch immer hier die Finger im Spiel hatte: Wie viel Demokratie wollen wir beschneiden oder gar aufgeben, um einmal im Jahr der selbstgerechten Weltelite zu gefallen? Und ich frag mich auch: Wann haben einige vergessen, dass friedliche Demonstrationen zu einer Demokratie gehören? Gerade zu unserer.

Vor genau hundert Jahren legten nämlich 250'000 Menschen ihre Arbeit ab, um für eine soziale und gerechte Schweiz zu kämpfen. Ja, auch am Landesstreik hatte man keine besondere Freude. Man setzte sogar die Armee auf eigene Bürgerinnen und Bürger an.

Hundert Jahre später wissen alle: Die Streikenden von 1918 standen auf der richtigen Seite der Geschichte, waren ihrer Zeit voraus. Was sie forderten, ist für uns alltag geworden: Arbeitszeitverkürzungen - ohne die es unseren Tourismuskanton wohl gar nicht geben würde. Denn wer kann Ferien machen, ohne Freizeit zu haben -, unsere Sozialwerke, speziell die AHV, faire Proporzahlen (ja, auf Bundesebene...) oder das Frauenwahlrecht!

Nichts von dem wurde an einem Tag erreicht. Das Frauenwahlrecht erst 50 Jahre später. Nichts von dem ist selbstverständlich. Alles wurde erstritten und erkämpft: Hunderttausende Genossinnen und Genossen setzten sich in hundert Jahren für unseren heutigen Wohlstand ein.

Seien wir uns das bewusst, wenn wir in diesem Jahr 100 Jahre Generalstreik feiern. Seien wir stolz darauf, dass wir noch heute Teil einer Bewegung sind, die mit viel Beharrlichkeit und Mut so viel Fortschritt zum Wohle der Bevölkerung erarbeitete. Und seien wir uns schliesslich bewusst, dass die Geschichte hier und heute nicht endet, sondern dass sie weitergeht und dass auch wir unser Kapitel schreiben müssen.

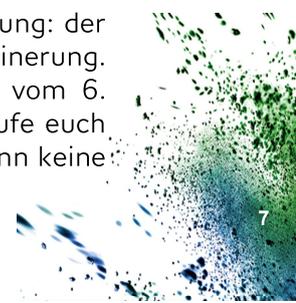
Bis in 50 Jahren werden Frauen in Führungspositionen mindestens gleich gut vertreten sein wie Männer und für gleiche Arbeit gleiche Löhne erhalten. Wir werden eine anständige Elternzeit haben, bezahlbare Krankenkassenprämien und Wohnungen. Gleichgeschlechtliche werden heiraten dürfen und werden nicht mehr diskriminiert. Und wir werden Teil eines starken und geeinten Europas sein, das den Machtpolen im Osten und Westen, den Putins und den Trumps der Zukunft, die Stirn bietet.

Und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden zurückblicken und sagen: Dafür haben wir schon damals gearbeitet - und der Einsatz hat sich gelohnt.

Und auch wenn vieles von dem weder heute noch morgen erreicht wird, wenn wir manchmal statt für Fortschritt auch gegen Rückschritt ankämpfen müssen. Wir wissen, unsere Richtung stimmt, sie zeigt vorwärts, wir dürfen nur nicht aufhören, zu strampeln.

In den letzten Jahren konnten wir auch in unserem Kanton viele Reformen prägen. Einige reichlich spät und nicht immer genau in unserem Sinn, aber im Prinzip nach vorne: Gebietsreform, Finanzausgleich oder das Öffentlichkeitsprinzip, das mittlerweile nicht nur auf Kantonsebene, sondern auch - auf unsere Vorstösse hin - in einigen Gemeinden eingeführt wurde.

Und bei allen Reformen der Institutionen: Ein hartnäckiger Fels steht fest in der Brandung: der Grosse Rat. Klar, sträuben sich die GrossrätInnen gegen eine dringend notwendige Verkleinerung. Sie sägen ja vielleicht am eigenen Sitz. Darum haben wir gemeinsam am Parteitag vom 6. September unsere Initiative 90 sind genug lanciert und sind fleissig am sammeln. Ich rufe euch dazu auf, sammelt fleissig weiter, damit wir den Felsen endlich in Bewegung bringen. Denn keine



Reform kam einfach von selber. Die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre waren harzig. Und auch ist klar, Politikreformen allein machen das Leben der Menschen noch nicht besser. Sie sind erst der Boden dazu.

Jetzt ist es Zeit, für einen Schritt vorwärts. Wenn wir in Bildung, Forschung und Kultur investieren, schaffen wir mehr gute Arbeitsplätze. Wir brauchen Pioniergeist bei Klimaschutz und bei der Digitalisierung, um fit für die Zukunft zu werden. Mit anständigen Löhnen, zahlbaren Wohnungen und mehr Kinderbetreuungsangeboten sichern wir unsere Lebensqualität. All das bedeutet Fortschritt. Fortschritt für die Menschen, Fortschritt für Graubünden.

Und wer verkörpert den Fortschritt besser als unser Regierungsratskandidat Peter Peyer? Er ist der erste Regierungsratskandidat in der Schweiz, der eine offene Vorwahl bestritten hat. Er ist der demokratisch best legitimierte Regierungsratskandidat in der Schweiz. In seinem Leben war er immer am Puls des Fortschritts. Er denkt aus der Box, in die Zukunft. Wie unsere Vorgängerinnen und Vorgänger. Was er heute tut und denkt, wird morgen Realität. Immer mit dem Blick für das, was konkret machbar ist. Solche Menschen braucht es in der Politik. Sie sind es, die Zukunft gestalten, statt die Gegenwart zu verwalten.

Darum lasst uns kämpfen für Peter und für Fortschritt. Diejenigen unter euch, die selber in den Startlöchern für die Grossratswahlen sind. Aber überhaupt alle, die aus dieser Partei das machen, was wir sind: ein starkes Team aus engagierten Menschen. Wir haben nicht viel Geld, aber wir haben uns! Lasst uns gemeinsam die Kunde auf die Strassen tragen, lasst sie uns durch die Telefone sagen, lasst sie uns in die Zeitungen schreiben:

Fortschritt in Graubünden hat einen Namen: Er heisst Peter Peyer.

Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf mit euch und ich hoffe, alle von Euch bei unserer Basiskampagne anzutreffen. Ich danke allen, die sich bereits jetzt oder dann in den kommenden Monaten einsetzen für Peter und für unsere Grossratskandis, für die Sozialdemokratie, für Fortschritt in Graubünden.

Für alle statt für wenige.



## REDE DER JUSO GRAUBÜNDEN AM SP PARTEITAG 2018

Von Julia Müller, Co-Präsidentin JUSO Graubünden & Grossratskandidatin, Felsberg

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen

Auch dieses Jahr war wieder ein bewegtes Jahr für die JUSO Graubünden.

An der Generalversammlung 2016 beschloss die JUSO Graubünden eine Initiative zu lancieren. Ausländerinnen und Ausländer sollen das Stimm- und Wahlrecht bekommen. Die Euphorie war gross und das Anliegen mehr Demokratie zu wagen eine schöne Vorstellung. Die Planung konnte beginnen.

Nach vielen Sitzungen und Abklärungen stand das Projekt. Es gab ein schönes Logo, ein gutes Initiativkomitee und motivierte Menschen. Der Initiativtext verlangte in der Endfassung, dass Ausländerinnen und Ausländer, welche ihren Wohnsitz seit mehr als fünf Jahren im Kanton hatten und über den C – Ausweis verfügten, das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht bekommen. Im September desselben Jahres begann die Sammelphase. Zu Beginn gab es Medienpräsenz und viele Unterschriften.

Wie bei beinahe jeder Unterschriftensammlung kommt irgendwann das Winterloch. Natürlich normal, dass man an den kalten Tagen weniger sammelt als an den warmen Tagen, doch wir kamen nie wieder aus dem Rückstand heraus. Verschiedene Umstände führten dazu, dass wir keine Chance mehr hatten die grosse Unterschriftenlücke aufzufüllen. Einige Menschen kämpften bis am Ende unermüdlich für das Gelingen – Diesen und allen anderen Helfenden wird an dieser Stelle in aller Herzlichkeit gedankt.

Im September 2017 mussten wir dann leider das Scheitern unserer Initiative bekannt geben. Etliche Menschen konnten auf der Strasse vom Anliegen, mehr Demokratie zu wagen, überzeugt werden. Es wurden viele Gespräche mit StimmbürgerInnen geführt und der Kampf für Gerechtigkeit hat sich gelohnt. Die Juso Graubünden wird weiterhin für das AusländerInnen Stimmrecht eintreten und die positiven Sachen aus der gescheiterten Unterschriftensammlung ziehen.

Im Herbst war es, nach einigem hin und her bezüglich des Inhalts des Initiativtextes, dann soweit. Die JUSO Schweiz lancierte die 99% Initiative. Dies führte dazu, dass man die JUSO Graubünden wieder voller Elan fast wöchentlich auf den Strassen Churs sah. Und im Gegensatz zu den Schwierigkeiten, die wir beim Sammeln für die Mitbestimmungsinitiative hatten, schafften und schaffen wir es sehr erfolgreich unsere monatliche Quote zu sammeln. Die Initiative wird uns noch ein weiteres Jahr beschäftigen. Die Juso Graubünden versucht das Thema der Steuerungerechtigkeit von möglichst allen Seiten zu beleuchten und hofft auf ein erfolgreiches Unterschriftensammeln.

Auch in Bezug auf die Bildungsarbeit war das letzte Jahr spannend. Mit zahlreichen Inputs an unseren Versammlungen aber auch mit 3 öffentlichen Bildungsanlässen zu Feminismus, der politischen Situation in Polen und der russischen Revolution, blieben wir unserem Ziel, eine gute Bildungsarbeit zu betreiben, treu.

Für die Grossratswahlen fanden sich aus der Juso Graubünden vier Kandidatinnen und Kandidaten. Einerseits ich, welche als ordentliche Kandidatin im Kreis Trins kandidiert und andererseits Pascal Pajic, Zilan Ygit und Flurina Bezzola als Stellvertreterinnen und Stellvertreter in ihren Kreisen. Thematisch liegen unsere Schwerpunkte bei einem nachhaltigen Tourismus, der Demokratie, der Bildung und der Unterstützung von LGBT.

Zu meiner Kandidatur möchte ich noch sagen, dass ich kämpfen werde für diesen Sitz im Kreis Trins. Wir wissen es: Lediglich 23 von 120 Mitgliedern im grossen Rat sind weiblich. Ich möchte das ändern und sehe meinen Versuch in den Rat einzuziehen als wichtigen und nötigen Schritt in Richtung modernes Graubünden. Diese Einseitige Vertretung von hauptsächlich mittelalterlichen

Männern, stellt ein Demokratiedefizit dar. Daher machen wir Graubünden linker, weiblicher und frischer!

Zum Schluss möchte die Juso Graubünden eine Verabschiedung ankünden. Ewa Bender, Co - Präsidentin der Juso Graubünden und ein langjährig engagiertes Vorstandsmitglied, tritt per Generalversammlung dieses Jahres zurück. Ewa investierte Jahre in unsere Partei und wir danken Ihr und wünschen das Beste für Ihre Zukunft.

Zudem danke ich der SP herzlich für die Möglichkeit hier ein paar Worte zu verlieren. Auf eine gute Zusammenarbeit und ich freue mich auf einen Wahlsieg am 10. Juni!.